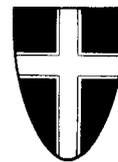


AMT DER  
WIENER LANDESREGIERUNG



MD-704-1 bis 3/92

Wien, 8. April 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Arbeitslosenver-  
sicherungsgesetz 1977 und das  
Sonderunterstützungsgesetz  
geändert werden;  
Begutachtungsverfahren;  
Stellungnahme

|                                |           |
|--------------------------------|-----------|
| GESETZENTWURF                  |           |
| 16                             | GE/19. P2 |
| Datum: 14. APR. 1992           |           |
| Verteilt: 16. April 1992 Kauer |           |

An das  
Präsidium des Nationalrates

*St. Jager*

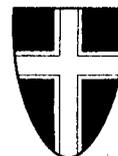
Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der  
Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem  
im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen

*Feischl*

Dr. Feischl  
Magistratsvizedirektor

**AMT DER  
WIENER LANDESREGIERUNG**Dienststelle **MD-Büro des Magistratsdirektors**Adresse **1082 Wien, Rathaus**Telefonnummer **40 00-82124**

MD-704-1 bis 3/92

Wien, 8. April 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Arbeitslosenver-  
sicherungsgesetz 1977 und das  
Sonderunterstützungsgesetz  
geändert werden;  
Begutachtungsverfahren;  
Stellungnahme

zu Zl. 37.001/28-3/91

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

Auf das Schreiben vom 27. Februar 1992 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken grundsätzlicher Art bestehen. Allerdings könnte sich der Entwurf, der als Bundesgesetz bereits mit 1. Juli 1992 in Kraft treten soll, zunächst lediglich auf jene Gesetzesänderungen beschränken, die einem innerstaatlichen Regelungsbedarf Rechnung tragen sollen.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor